

Die sieben wichtigsten Punkte in meinem Leben

1947–1966: Meine Kindheit und Jugend erlebte ich in einem Allgäuer Forsthaus in Irsee, ab 1952 in einem mittelschwäbischen Forsthaus in Glöttweg (Landkreis Günzburg). Dort erfuhr ich meine entscheidende Prägung für die Natur durch meinen Vater, einem Förster, und meine Mutter, eine Land- und Gastwirtstochter. Meine Eltern waren auch politisch sehr interessiert, so dass ich mich nicht nur für den Forstberuf, sondern auch für die Kriegsdienstverweigerung entschied.

1966–1971: In meinem Forststudium begeisterten mich in München Professor Laatsch für die Bodenkunde und in Zürich der WaldbauProfessor Leibundgut für das Geheimnis der Wälder und ihre Dynamik. Im Münchner Professor Kreuzer hatte ich einen Doktorvater, der lange vor der öffentlichen Debatte auf die Gefährdung der Böden durch Stoffeinträge aufmerksam machte und mich für das Thema sensibilisierte.

1971-1975: Ich heiratete 1971 meine Jugendliebe Gertrud Kinzel, die mich durch alle meine Lebensphasen auch unter häufiger Zurückstellung persönlicher Interessen engagiert und treu begleitet hat.

Durch eine Notiz in der Süddeutschen Zeitung wurde ich auf die Möglichkeit des Zivildienstes beim Bund Naturschutz (BN) aufmerksam. Ich konnte dort als Deutschlands erster Zivildienstleistender im Naturschutz im Herbst 1971 beginnen. Ich war quasi persönlicher Mitarbeiter von Hubert Weinzierl, der mich sehr förderte und für den BN begeisterte, so dass es für mich keine Frage war, ab Februar 1973 den Verbandsaufbau hauptamtlich als Beauftragter für Nordbayern fortzuführen.

In dieser Zeit entstanden die programmatischen Positionen des BN zu Landwirtschaft, Wald, Verkehr, Landesentwicklung, Energie, die bis heute kaum etwas an Aktualität eingebüßt haben. Es begann der Kampf um die Rettung des Nürnberger Reichswaldes, gegen den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals und die Kanalisierung der Donau und für den Ausstieg aus der Atomenergie, der 1979 auf der Delegiertenversammlung in Hof zum einstimmigen Beschluss für den Sofortausstieg aus



Dr. Hubert Weiger
(*1947)

der Atomenergie und zu massiven Konflikten mit der Bayerischen Staatsregierung führte. Bei der ersten Kundgebung gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf im Januar 1983 sprach ich in Schwandorf mit Robert Jungk vor über 10.000 Teilnehmern.

In der Gruppe Ökologie hatte ich das große Glück, bedeutende Naturschützer wie Bernhard Grzimek, Konrad Lorenz, Horst Stern und andere aus der Nähe kennenzulernen und in gemeinsamen Diskussionen viel von ihnen zu lernen.

1975: Mit der Gründung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fand meine Arbeit als BUND-Sprecher des Arbeitskreises Landwirtschaft zunehmend auch außerhalb Bayerns statt.

1986: Nach dem Abschluss meiner Dissertation, an der ich mit berufsbedingten Unterbrechungen seit 1972 gearbeitet hatte, begann neben BN und BUND 1987 meine wissenschaftliche Lehrtätigkeit an der Gesamthochschule und heutigen Universität Kassel. Ich nahm diese Aufgabe an, weil ich mich wissenschaftlich auf dem Laufenden halten und mich durch den Kontakt mit Studenten und Kollegen aus anderen Lehr- und Forschungsbereichen neuen Herausforderungen stellen wollte.

1994 wurde ich zum HonorarProfessor für Naturschutz und nachhaltige Landnutzung ernannt und übe diese Funktion bis heute mit großer Freude aus.

2002: Ich wurde zum ersten Vorsitzenden des BN gewählt und trat die Amtsnachfolge von Hubert Weinzierl an, der entscheidenden Anteil daran hatte, dass der BN in den dreiunddreißig Jahren seiner Amtszeit ein bedeutender politischer Natur- und Umweltschutzverband wurde. Meine Hauptaufgabe war die Fortführung der bewährten Arbeit und Sicherung des Erreichten. Ein Erfolg war das nur knapp gescheiterte Volksbegehren „Aus Liebe zum Wald“ 2004, mit dem wir trotzdem die Privatisierung der Bayerischen Staatswälder verhindern, die vorbildhafte Bewirtschaftung der Staatswälder sichern und den Grundsatz Wald vor Wild durchsetzen konnten.

2007: Meine Wahl zum Vorsitzenden des BUND stellte mich vor neue Herausforderungen: Zum einen galt es Konflikte zwischen BN und BUND zu minimieren – was auch erfolgreich gelungen ist. Zum anderen musste der BUND wieder politischer, grundsätzlicher und kritischer werden. Auch dieses Ziel ist erreicht. So hat der BUND schon 2009 mit großen Anti-Atom-Demos in Berlin begonnen und entscheidend Anteil am Atomausstieg 2011. Auch die gentechnisch-kritische Position des Bundeslandwirtschaftsministeriums wäre ohne BUND nicht möglich gewesen.

Diese sichtbaren Erfolge sind Motivation genug für den weiteren Einsatz für den Naturschutz sowohl vor Ort als auch weltweit auf internationalen Klimaschutz- und Biodiversitätsschutzkonferenzen. Kraft gibt dabei die Begegnung mit den vielen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Naturschützern, die Unterstützung meiner Familie durch „dick und dünn“ und die Erfolge für die Natur im Kleinen wie im Großen.

Als Hubert Weiger im Oktober 1971 als Deutschlands erster Zivildienstleistender im Umweltschutz für Hubert Weinzierl Zeitungsausschnitte ordnete, hätte er wahrscheinlich nicht im Traum daran gedacht, dass er einmal dessen Nachfolge als Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern (BN) antreten würde. Dabei verlief seine Karriere beim BN von Anfang an steil. Noch als Zivi wurde Weiger 1972 Beauftragter des BN für Nordbayern. Eine Bezeichnung, die sich spektakulär anhört, aber vor allem harte Knochenarbeit bedeutet hat. Der BN war damals in Nordbayern so gut wie nicht präsent. Weiger zog zusammen mit seiner Frau in einem Wohnwagen seiner Schwiegereltern durch die Lande, um den Verbandsaufbau zu betreiben und Kreisgruppen zu gründen. An den Wochenenden arbeitete er an seiner Promotion. Nach dem Zivildienst bekam Weiger eine Festanstellung beim BN, die er für ein Referendariat in der Bayerischen Staatsforstverwaltung unterbrach. Trotz blendender Aussichten auf eine Beamtenkarriere als Jahrgangsbester kehrte der Forstwirt zurück zum BN. Ab 1992 war er dort als Landesbeauftragter für ganz Bayern zuständig und wurde schließlich 2002 zum Ersten Vorsitzenden gewählt. Seit 2007 ist Weiger zudem Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND).



Beim Start einer BN-Radlerdemo in Erlangen (Foto: BN-Archiv, 1980)

Sie haben einmal gesagt, dass der Naturschutz unter seiner Geschichte leide. Wie meinten Sie das?

Naturschutz war früher hoheitlich und wurde verordnet. Viele Widerstände gegen den Naturschutz sind ein Reflex darauf, denn damit verbinden Menschen: Nur Naturschützer wissen, wie man mit Landschaft umgeht. Sie weisen Schutzgebiete aus, die wir nicht betreten dürfen.

Entscheidend für den Erfolg des Naturschutzes ist aber die Akzeptanz. Darum musst Du in einer Demokratie kämpfen: Wenn bestimmte Lebensräume aus unserer Sicht unverzichtbar sind, müssen wir erreichen, dass die Menschen in der betroffenen Region genauso denken und fühlen wie wir.

Sie waren als Landesbeauftragter in Bayern von 1992 bis 2002 auch für die programmatische Fortentwicklung des Bund Naturschutz in Bayern (BN) zuständig. Was hat sich im Naturschutz geändert?

Naturschutz ist heute zunehmend ein Anliegen des ganzen Volkes und nicht mehr so elitär, autoritär und von oben herab nach dem Motto: Wir wissen, was Euch gut tut. Heute ist das Konzept nicht mehr, Natur durch einzelne, isolierte Schutzgebiete zu retten, sondern dadurch, dass ich an die Ursachen ihrer Gefährdung gehe. Ich frage zum Beispiel: Warum werden Naturschutz und Landwirtschaft zu Gegnern? Welche Mechanismen stecken dahinter? Das ist ein völlig neuer Naturschutz. Wir waren sicherlich als Verband die Ersten, die in diesem Zusammenhang erkannten: Wir müssen uns auch mit der großen Politik befassen, wenn wir etwas Entscheidendes verändern wollen – zum Beispiel mit der europäischen Agrarpolitik. Oder im Bereich Verkehr: Wir müssen uns mit dem Bundesverkehrswegeplan beschäftigen. Das war das Verdienst unseres langjährigen Geschäftsführers Helmut Steininger. Aufgrund dieser Erkenntnis erreichten wir, dass vier Autobahnen aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen wurden, unter anderem die Queralpen-Autobahn von Holzkirchen nach Lindau, die zwei- bis dreihundert Meter an der Wieskirche vorbeigeführt hätte.



BN-Aktion gegen Westumgehung Würzburg am Deutschen Naturschutztag 1986 in Würzburg vor der Residenz, 2. von links Hubert Weiger, daneben mit Megaphon Gerhard Kneitz, Hubert Weinzierl (4. von links) und Helmut Steininger (5. von links) (Foto: BN-Archiv, 1986)

1970 wurde das Bayerische Umweltministerium gegründet, 1973 trat das Bayerische Naturschutzgesetz in Kraft. Hatte das, was als Meilensteine gefeiert wurde, auch Widerhaken?

Entscheidend ist, wie der Naturschutz in die Verwaltung eingebunden wurde. Der behördliche Naturschutz war bis dahin geprägt durch die Naturschutzbeauftragten, die in ihren Gutachten frei waren und das zentrale ehrenamtliche Element im behördlichen Naturschutz darstellten. Durch das Bayerische Naturschutzgesetz fiel das von heute auf morgen weg. Es gab als Ersatz Naturschutzbeiräte, deren Zusammensetzung aber politisch bestimmt wurde, was zur Folge hatte, dass häufig vor allem bei den Unteren Naturschutzbehörden kritische Naturschützer keine Beiräte mehr wurden.

Schlecht war auch, dass die Unteren Naturschutzbehörden den Landratsämtern zugeordnet und keine unabhängigen Naturschutzämter gebildet wurden, die man auch mit den Forstämtern und Wasserwirtschaftsämtern zusammenlegen hätte können. Damit wurde der Naturschutz von

einem kommunalen Wahlbeamten weisungsabhängig: Seit dieser Zeit ist der jeweilige Landrat Leiter der Unteren Naturschutzbehörde. Wir haben eine Vielzahl von Fällen, wo dieser dann sagt: „Ich weiß, dass meine hauptamtliche Fachkraft des Naturschutzes hier eine fachlich andere Position hat. Ich als Leiter der Unteren Naturschutzbehörde gebe aber die Stellungnahme ab.“ Anschließend stimmt er irgendwelchen großen Natureingriffen zu.

Der Anstoß zum Aufbau einer staatlichen Naturschutzverwaltung kam ja aus dem Verbandsnaturschutz. Erhoffte man sich dadurch nicht Verbesserungen?

Da hatten wir natürlich durchaus die Erwartung, dass Hubert Weinzierls langjährige Bekanntschaft, ja Freundschaft mit Max Streibl halten würde, was natürlich nicht der Fall war. Das hat gehalten, so lange es um die Beseitigung von einzelnen Müllkippen ging. Das hielt nicht mehr, wenn es um den Schutz großer Landschaften oder um Konflikte mit der Staatsregierung ging.

Dazu kam, dass ein relevanter Teil des BN-Haushaltes damals aus Mitteln des Innenministeriums bestand. Das führte dazu, dass Anrufe aus dem Umweltministerium bei uns eintrafen: Man solle sich doch in den und den Aussagen zurückhalten. Die zentrale Überlegung war deshalb bereits 1973: Wohin sollen wir uns entwickeln? Die Entscheidung fiel nach durchaus kontroversen Debatten zum Glück für das basis-demokratische Mitgliederprinzip aus der Erfahrung: Du bist nur frei, wenn Du unabhängig bist. Das bedeutete, dass wir uns über Mitglieder finanzieren und Kreisgruppen gründen müssen, um möglichst viele Mitglieder zu bekommen. Das haben wir ja dann auch erreicht.

Bedeutete die Aufnahme in den Staatsapparat nicht auch mehr Mitwirkung?

Man bekommt natürlich früher Informationen, kann mehr mitarbeiten, aber man ist auch schwächer. Das Hauptproblem im Naturschutz ist inzwischen, dass heute die Haupteingreifer in Natur und Landschaft nicht mehr private Unternehmer sind, sondern die öffentliche Hand, also der Staat als Autobahn-, Kanal- oder Bahnbauer oder die Kommune, die Flächen ausweist.

Gerade da müsste doch eine in die staatliche Struktur eingebettete Verwaltung besser Einfluss nehmen können?

Nein, die Naturschutzverwaltung ist eben machtlos, weil sie zahlenmäßig und auch hierarchisch völlig unterlegen ist. Die Naturschützer sind in der Verwaltungshierarchie bei Inspektor, Oberinspektor, vielleicht Regierungsrat angesiedelt. Wir haben kaum Ministerialräte. Das hat sich zwar in den letzten Jahren im Ministerium etwas gebessert, aber im Vergleich mit anderen Ressorts sind wir immer noch absolut im Untergewicht. Verantwortliche in der Politik akzeptieren auch nur in sehr geringem Ausmaß, dass Naturschützer aus Verwaltungen aktiv im Verbandsnaturschutz mitarbeiten. Der einzige bayerische Minister, der das unterstützt hat, war Hans Eisenmann. Die Einbindung in die staatliche Verwaltung hat uns zudem sehr weit vom Menschen weggeführt.

Warum?

Es zählen nur die Fachargumente, emotionale Argumente werden nicht ernst genommen. Der Naturschutz hat sich reduziert auf Rote-Liste-Arten, auf Rote-Liste-Lebensräume, auf bestimmte fachchinesische Begriffe, Managementpläne, FFH-Gebiete, Natura 2000, die kein Mensch draußen versteht.

Welche Folgen hat das?

Bei der durchschnittlichen Artenkenntnis des Bundesbürgers, die sich gegen Null entwickelt, können Sie mit dem Verlust von Vogelarten, wie der Dorngrasmücke oder dem Raubwürger, emotional nichts erreichen. Darunter stellen sich viele Menschen die gefährlichsten „Viecher“ vor. Menschen kann ich viel besser über die eigene Heimat und das Landschaftsbild gewinnen. Eine Bürgerinitiative, die eine Autobahn verhindern will, argumentiert nicht: Das ist der Lebensraum vom Schwarzstorch, der Bechsteinfledermaus oder vom Eremit. Sie sagt vielmehr: Das ist mein Erholungsraum. Den kenne ich. Den liebe ich. Diese Landschaft lasse ich mir nicht nehmen. Das ist auch meine Motivation. Der Naturschutz hätte sich viel stärker einsetzen müssen für den gesetzlichen Schutz der gesamten Landschaft. Das hätte als Haupt-

aufgabe des Staates postuliert werden müssen. Der Naturschutz hätte sich dafür einsetzen müssen, dass alles, was nicht bebaut wird, grundsätzlich geschützt ist, und dass derjenige, der eingreift, nachweisen muss: Es ist notwendig einzugreifen, und es gibt dazu keine Alternativen.

Warum wäre die Unterschutzstellung der gesamten Landschaft besser?

So, wie es jetzt ist, kämpfen wir immer nur um die Reste noch naturnaher Landschaft. Aber Landschaft ist mehr als ein Fleckenteppich von Resten. Dazu gehört auch die intensiv genutzte Agrarlandschaft mit zum Beispiel fast hundert Prozent Maisanbau. Hier müssen wir eine Reduktion entsprechender Intensivfrüchte und Fruchtwechsel sowie ein Mindestmaß an Biotopverbund, das heißt zehn Prozent, erreichen. Und der Ackerbau selbst sollte sich nach den Kriterien des ökologischen Landbaus orientieren. Grundsätzlich sollten wir nicht irgendein Bild schützen, sondern Landschaft als dynamischen Prozess. Dabei sollen ökologische Qualitäten erhalten und dort verbessert werden, wo sie denaturiert ist.

Welche Rolle kommt dem Bund Naturschutz in der Zukunft zu?

Wir müssen heute an ganz anderen Stellen arbeiten als bisher. Was können wir auf der staatlichen Ebene in Bayern schon erreichen? Wir sind der Meinung, die Stellungnahmen von uns zu einzelnen Genehmigungsverfahren fahren wir drastisch zurück. Dafür gibt es die Naturschutzbehörden. Wir bauen dafür unsere EU-Arbeit aus, weil dort in vielen Fällen die tatsächlich relevanten Entscheidungen fallen, und verknüpfen uns über das europäische



Im Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (Foto: BN-Archiv, 2004)

Netzwerk „Friends of the Earth“ mit anderen Umweltorganisationen.

Ansonsten müssen wir uns auf unsere Kernaufgaben, das heißt Werbung für den Naturschutz als umfassenden Schutz der Heimat, konzentrieren. Das heißt, stärkeren gesellschaftlichen Druck ausüben und in unseren Forderungen radikaler werden. Wir müssen erkennen, dass gesellschaftliche Werteveränderungen wichtiger sind als Debatten mit der Politik. Politische Gespräche bewegen nicht allzu viel. Die Politik reagiert eher auf Werteveränderungen, vor allem wenn sie Angst bekommt, ihre Macht zu verlieren. Das müssen wir intelligenter als bisher nutzen!